

Kritik am Leistungs-rechtsanpassungs-gesetz: Nachteile für geflüchtete Menschen mit Behinderungen aus der Ukraine

Die Bundesregierung möchte ein Gesetz beschließen.

Das Gesetz heißt: **Leistungs-rechtsanpassungs-gesetz**.

**Das Projekt Crossroads von Handicap International e. V. und
die WIR-Netzwerke sind damit nicht einverstanden.
Sie lehnen das Gesetz ab.**

Sie sehen die Rechte von geflüchteten Menschen mit Behinderungen in Gefahr.
Vor allem die Rechte von geflüchteten Menschen aus der Ukraine.

Deswegen kritisieren sie das Gesetz.

Hintergrund: Situation von geflüchteten Menschen aus der Ukraine

Am 24. Februar 2022 begann der Krieg in der Ukraine.

Seitdem sind viele Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflohen.

Die meisten von ihnen haben eine **Aufenthalts-erlaubnis nach Paragraph 24 im
Aufenthalts-gesetz**.

Das bedeutet:

- Sie können einfacher in Deutschland ankommen.
- Sie bekommen finanzielle Unterstützung vom Staat.
- Sie haben einen guten Zugang zu medizinischer Versorgung.

Änderungen durch das Leistungs-rechtsanpassungs-gesetz

Das Gesetz gibt den Menschen aus der Ukraine einen neuen rechtlichen Status.

Sie bekommen einen neuen Status nach dem **Asylbewerber-leistungs-gesetz**.

Das bedeutet:

- Sie bekommen weniger Geld.
- Die medizinische Versorgung wird schlechter.
- Es gibt strengere Regeln für sie.

Kritik

1. Nachteile für Menschen mit Behinderungen

Unter den Geflüchteten aus der Ukraine sind viele Menschen mit Behinderungen.

Für Menschen mit Behinderungen kann das geplante Gesetz viele Nachteile bringen:

- Sie bekommen schwerer medizinische Hilfe.
Arztbesuche und Behandlungen können sich verzögern.
- Sie bekommen weniger Hilfs-mittel und Therapien.
Sie müssen dafür mehr Geld selbst bezahlen.
- Sie bekommen weniger Eingliederungs-hilfe und Hilfe in der Schule.
Zum Beispiel Schul-begleitung.
- Sie bekommen schwerer Pflege-geld.
Das gefährdet Pflege in der Familie.
- Sie finden schwerer Arbeit.
Das Job-center ist nicht mehr für sie zuständig.
- Sie müssen trotzdem Arbeit suchen.
Sonst kann ihr Geld gekürzt werden.

2. Keine klaren Regeln für den Übergang

Wenn das Gesetz beschlossen wird, ändern sich viele Leistungen.

Regeln für den Übergang dieser Leistungen fehlen.

Zum Beispiel für die Eingliederungs-hilfe.

Wichtige Unterstützung kann aufhören. Therapien können unterbrochen werden.

Menschen mit Behinderungen müssen neue Nachweise erbringen.

3. Rechtliche Probleme

Das Gesetz hat viele rechtliche Probleme:

- **Es verstößt gegen den Gleichheits-grundsatz:**
Es behandelt manche Geflüchtete aus der Ukraine anders als andere.
Alle Menschen sollen gleich behandelt werden.
- **Es verstößt gegen die UN-Behinderten-rechts-konvention:**
Das ist eine internationale Vereinbarung über die Rechte von Menschen mit Behinderung.
Das Gesetz benachteiligt Menschen mit Behinderungen.
- **Es verstößt gegen das menschen-würdige Existenz-minimum:**
Das Gesetz sorgt dafür, dass Menschen mit Behinderungen aus der Ukraine weniger Geld bekommen.
Sie brauchen aber weiterhin genauso viel Geld zum Leben.

Ergebnis:

Das Gesetz ist in dieser Form nicht tragfähig.

Es sollte nicht beschlossen werden.

Wer fordert das?

Der Verein **Handicap International – Crossroads** hilft seit Jahren Menschen mit Behinderungen aus der Ukraine. Viele dieser Menschen sind von den Änderungen betroffen.

Das Programm „**WIR - Netzwerke helfen Geflüchteten bei der Arbeitssuche**“ unterstützt Geflüchtete.

Menschen mit Behinderungen finden hier Unterstützung.

Weitere Organisationen:

- Anthropol Bundesverband - Bundesverband evangelische Behindertenhilfe
- Der Bundesverband für körper-behinderte und mehrfach-behinderte Menschen
- Der Verein Caritas Behinderten-hilfe und Psychiatrie
- Der Verein Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland
- Der Verein Sozialheld*innen

Hinweis:

Wir haben diesen Text mit Unterstützung von einer künstlichen Intelligenz geschrieben.

Danach haben wir den Text selbst überprüft und verbessert.

Die künstliche Intelligenz heißt Capito AI.